

## Der Minister sorgte auch für Heiterkeit im Saal

(hewi) > 09.11.2011, 17:37

**Erkelenz-Immerath.** «Verheizte Heimat oder Zukunftsenergie» - dieser Frage ging der Westdeutsche Rundfunk im neuen Immerather Kaisersaal nach.

Zu der Podiumsdiskussion waren Wirtschafts- und Energieminister Harry Voigtsberger, der Vorstandsvorsitzende von RWE-Power, Dr. Johannes Lambertz, Dirk Jansen vom BUND und der WDR-Energieexperte Jörg Marksteiner nach Immerath gekommen, um über die Zukunft der Kohle als Energieträger in NRW zu sprechen.

Das rheinische Braunkohlerevier deckt etwa 40 Prozent des Strombedarfs in NRW. Der Energieversorger RWE beschäftigt rund 11 000 Menschen im Tagebau und der daraus resultierenden Stromerzeugung. Seit der Energiewende der Bundesregierung im März scheinen die Karten neu gemischt zu sein. Regenerative Energien sollen mittelfristig den Strombedarf im Land decken. Das heiße auch, dass es im Rheinland keine neuen Tagebaureviere im Rheinland mehr geben wird, wie Minister Voigtsberger erklärte.

Trotzdem seien Kohle und Erdgas angesichts der Energiewende heute nötiger denn je. RWE-Mann Lambertz erinnerte daran, dass mit der Kohle der Wiederaufbau nach dem Krieg vorangetrieben worden sei, was den flächendeckenden Abbau im Dienste an der Allgemeinheit gerechtfertigt habe. Heute jedoch sei die Verstromung der Braunkohle eine «Brckenkopftechnologie», die auslaufen werde, sobald der Anteil der regenerativen Energien gestiegen sei. Der bisher erreichte Anteil von 20 Prozent der erneuerbaren Energie im Energiemix sei an sich schon eine große Leistung. «Die Erneuerbaren haben Vorfahrt», lautete sein Motto.

Sobald die erneuerbare Energie in ausreichendem Maße zur Verfügung stehe, würden die Kraftwerke abgeschaltet und auch nicht als «Kaltreserve» bereitgehalten. Diese Haltung mochte Dirk Jansen vom BUND nicht so recht glauben. «Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, der muss aus der Braunkohle aussteigen», erklärte er und bezeichnete den Tagebau als «größtmöglichen Eingriff in die Natur und das Leben der Betroffenen». Energieexperte Marksteiner erklärte, dass sich die Braunkohle bisher gut hinter der Atomenergie verstecken konnte. Deren Ende bedeute, dass nun die Kohleverstrkt in den Fokus der Kritik gerate.

Bei der ersten Veranstaltung im neuen Kaisersaal war noch vieles provisorisch, aber der Saal war voll. Viele der Besucher waren auch in der Hoffnung gekommen zu erfahren, ob ihre bevorstehende Umsiedlung durch die Energiewende noch zu verhindern sei. Lambertz und Voigtsberger bescheinigten den Umsiedlern, dass sie ein großes Opfer geleistet hätten.

Der grüne Ratsherr Franz Josef Dederichs erklärte, dass die Notwendigkeit zur Umsiedlung ja akzeptiert werde, allerdings müsse «in Würde» umgezogen werden. Sein Fraktionskollege Stephan Ptz kritisierte, dass RWE alles andere wolle als aus der Kohleförderung auszusteigen. Es sei an der Zeit, die alten Kraftwerke abzustellen und auf neue Technologien zu setzen. In der Vergangenheit habe der Konzern nicht an die erneuerbaren Energien glauben wollen und einen Anteil am Energiemix von 20 Prozent für illusorisch gehalten.

Dem entgegnete Lambertz, dass Stilllegungen allein nichts bewirken würden. Vielmehr müsse man mittelfristig eine nachhaltige Energiewende hinbekommen. Bis zur Einstellung der Kohleförderung im rheinischen Revier in rund zwölf Jahren müsse der Anteil der erneuerbaren Energie deutlich erhöht

---

werden. Derzeit gelte es, den Anteil der Kernenergie von rund 23 Prozent auszugleichen. BUND-Mann Jansen nannte diese Argumentation «erheiternd und abenteuerlich». Er verwies darauf, dass jährlich in Deutschland rund 68.000 Menschen an den Auswirkungen des Feinstaubes sterben. Dabei sei der Tagebau in dieser Region die dominierende Quelle für Feinstaubemissionen. Dies werde aber als Kollateralschaden hingenommen.

Minister Voigtberger verwies darauf, dass das Bergrecht geändert werden müsse. Es sei antiquiert und verletze Grundrechte. Darin waren sich alle Beteiligten einig. Als Lambertz jedoch erklärte, auch er sei als Hambacher von der Umsiedlung betroffen, weshalb er die Sorgen der Umsiedler verstehen konnte, sorgte dies eher für Erheiterung bei den Zuhörern.

Gisela Berger, Sprecherin des Immerather Bürgerbeirats, erinnerte daran, was Umsiedlung persönlich für die Betroffenen bedeute.

Schon wird sich Gedanken gemacht, wie es im Revier nach dem Tagebau weitergeht. Erkelenz ist Teil einer Arbeitsgruppe, die sich mit der «Innovationsregion» rheinisches Revier und deren Zukunft befasst. Bürgermeister Peter Jansen bezeichnete die Initiative als «Chance für die Region» und die Zeit nach Garzweiler, Inden und Hambach. Den betroffenen und zukünftigen Umsiedlern brachte die Podiumsdiskussion nicht viel, da man nicht mit mehr Wissen nach Hause ging als man gekommen war.

---